

DAS LAND UND DIE LEUTE

Unstimmigkeiten nach A8-Gipfel

LISA BELLE
PZ-Redakteurin



Nach dem Krisengespräch zum A8-Ausbau wird vor allem eines deutlich: Einig sind sich die Abgeordneten vielleicht in der Sache – in der Wortwahl aber eher doch nicht.

MAN SOLL JA NICHT UNDANKBAR SEIN. Also wird erst gelobt und dann der Kopf geschüttelt – wie man das in jedem guten Kommunikationstraining lernt. Sind wir also erstmal froh, dass nur ein bisschen Bitten von Nöten war, damit auch die Öffentlichkeit gleich nach dem A8-Krisengipfel am Donnerstag von den hiesigen Bundes- und Landtagsabgeordneten, OB Peter Boch und der Regierungspräsidentin erfahren durfte, was da denn so besprochen wurde. Und das nicht nur wie angekündigt aus einer Pressemitteilung, sondern gleich aus mehreren. Hintergrund des kleinen Abgeordneten-State-ment-Chaos: offensichtlich Kommunikations- und Verständigungsprobleme. Kennt man ja schon in Zusammenhang mit dem A8-Ausbau. Wenn auch eigentlich von anderer Seite.

Scheinbar plötzlich explodierten die Kosten, und die Bauzeit verschob sich erneut – nur wurden Stadt, Gemeinden und Kreis darüber vom Regierungspräsidium (RP) genauso wenig informiert wie die Abgeordneten. Klar, dass da eine Menge Dampf auf dem Kessel war und Regierungspräsidentin Sylvia M. Felder mit viel „Leider“ und „persönlichem Bedauern“ in Erklärungsnot geriet. Vor allem, was ihre Kommunikationsstrategie angeht. Dass die nämlich nicht ganz so clever war – darin waren sich die Abgeordneten einig. Nur eben nicht so ganz, was ihre eigene

betrifft. Dass das RP und die Gesprächs-Herausforderer ihre Sicht getrennt voneinander kommunizieren würden, war keine Überraschung. Die Bundestagsabgeordneten Gunther Krichbaum (CDU) und Katja Mast (SPD) sowie die Landtagsabgeordneten Stefanie Seemann (Grüne), Hans-Ulrich Rülke und Erik Schweickert (beide FDP) hatten aber eigentlich vor, sich mit Pforzhelms OB Peter Boch in einem gemeinsamen Statement zu äußern. Woran das am Ende scheiterte und wer was mit wem abgesprochen hat oder eben nicht – darüber gab es auch noch am Tag danach unterschiedliche Darstellungen. Sei's drum: Das Ende vom Lied war jedenfalls, dass die Liberalen lieber ihr eigenes Ding machten. Parteifübergreifend die richtigen Worte zu finden, scheint nicht ganz so einfach zu sein – vor allem nicht in Wahlkampfzeiten. Und so schoben Schweickert und Rülke den – angesichts des vorangegangenen Wutschnaubens – recht sanften Tönen ihrer Kollegen noch einige Kommentare hinterher. Hat also unterm Strich alles nicht lange gehalten mit der vorab avisierten Einigkeit.

Während die einen also erklären, den Blick jetzt lieber in die Zukunft richten zu wollen, wirft Schweickert dann einen Tag danach doch lieber noch mal einen in den Rückspiegel. In einer weiteren Pressemitteilung widersprach er gestern der Darstellung des RP zu den Kostensteigerungen durch die Trassenabsenkung für mehr Lärmschutz. Das RP hatte erklärt, dass schon damals im Planfeststellungsbeschluss festgehalten worden sei, dass sich dadurch die Kosten deutlich erhöhen würden und bezifferte diese nun mit 65 Millionen Euro. Schweickert hat nachgelesen und festgestellt: stimmt nicht so ganz. Dort sei nur von geringfügigen Mehrkosten für die Änderungen die Rede.

Er fordert deshalb, dass das RP vor dem Gespräch mit dem Bund prüft, ob eine lange Einhausung nicht doch die bessere und jetzt günstigere Variante sei. Diese nämlich sei seiner Zeit lediglich aufgrund der Mehrkosten abgelehnt worden. „Bei diesen exorbitanten Kostensteigerungen müssen Alternativen wie der lange Tunnel auch noch einmal unter Kostengesichtspunkten abgewogen werden“, so Schweickert. Die Brücke obendrüben haben aber zumindest alle schön in der Schublade gelassen. Wenigstens darin herrschte offenbar Einigkeit.